

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle bei täglich erscheinender Zeitung für den Monatlich 2,00, durch Werbung 2,50 einschließlich 47,50 Mfr. (Postgebühr ohne Postzusatzgebühr) bei Lieferung wöchentlichem Verkauf. Einzelnummer 15 Mfr., außerhalb Sachsens 20 Mfr.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Maschinenstraße 38/32. Fernruf 25291. Postfachkonto 1065 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsdruckerei H. Wenzel Nr. 1; Wilmbergstraße 10 am Markt 11, 8 Mfr. Nachdruck nach § 17 Abs. 1 UrhG. Familienangelegenheiten und Stellenangebote 4 Mfr. - Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers. Nachdrucke von Zeitungsartikeln werden nicht aufgeführt

**Einzigste Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe**

## Ein neuer unerhörter Uebergriff:

# Torpedierungsversuch auf die „Leipzig“

## Sowjetspanische U-Boote griffen den deutschen Kreuzer an

Berlin, 19. Juni.

Um 15. Juni wurde in bestimmten ausländischen Kreisen das Gerücht verbreitet, die „Leipzig“ sei torpediert worden und gesunken. Tatsächlich meldete der Kommandant der „Leipzig“, daß das Schiff nördlich von Oran am 15. Juni, morgens 9,25 Uhr, 9,26 Uhr und 9,58 Uhr von je einem Torpedo beschossen wurde. Der Lauf der Torpedos wurde durch Hochgeräte verfolgt.

Da aber die „Leipzig“, wie schon bekannt, nicht getroffen wurde, schien es vor weiteren Schritten zweckmäßig, erst den Gerüchten nachzugehen, die eine Torpedierung bereits feststellten, obwohl von deutscher Seite über den Vorfall nach außen hin zunächst geschwiegen worden war.

Die Feststellung, die sich aus der Uebersetzung dieser Gerüchte mit der Meldung des Kommandanten ergab, wurde weiterhin erhärtet durch einen neuen Vorfall am 18. Juni. An diesem Tage um 15,07 Uhr wurde nämlich vom Kreuzer „Leipzig“ zum vierten Male ein Unterseeboot angriff einwandfrei festgestellt. Von mehreren sicheren Beobachtern wurde der Schwall des Aussehens deutlich gesehen. Einer der Torpedos wurde vom Kreuzer selbst klar vor

seinem Bug vorbeischießend durch Hochgerät klar beobachtet. Auch dieser vierte Angriff ging also am Schiff vorbei.

Es wird Sache der vier Mächte sein, im Sinne der getroffenen Abmachungen nunmehr die den Umständen entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Die deutsche Reichsregierung ist jedenfalls nicht gewillt, den Schiedsverfahren spanisch-bolschewistischer Unterseebootpiraten solange zuzusehen, bis am Ende vielleicht doch noch ein Treffer erzielt werden würde.

Vollstatter von Ribbentrop hat heute vormittag in London die Vertreter der drei anderen an der Seefrontrolle beteiligten Mächte von dem Vorgefallenen dringlich verständigt. Der Führer ist um 12 Uhr nachts im Flugzeug von Godesberg am Rhein nach Berlin zurückgekehrt.

Je mehr die internationale Presse von einer allgemeinen Entspannung glaubt sprechen zu können und je mehr Argumente sie für diese allgemeine Entspannung anzuführen vermag, um so tätiger werden offenbar die spanischen Bolschewiken, die das Ziel verfolgen, den europäischen Frieden zu torpedieren. Daß diese Aktivität vollständig in Uebereinstimmung mit den verzerrten Kommentaren der Sowjetpresse über die Entwicklung in der europäischen Politik steht, sei nur nebenbei bemerkt.

Nicht genug damit, daß schon kürzlich ein roter spanischer U-Boot die Valenciadolchschiffe denische und italienische U-Boote angreifen würden und zu diesem Zweck sich eine besondere U-Bootjäger-Flottille geschaffen hätten und nicht genug damit, daß die bolschewistischen spanischen U-Boote Bomben auf ein italienisches Handelsschiff warfen, zeigt jetzt die amtliche deutsche Meldung, daß bolschewistische spanische U-Boote mehrfach versucht haben, den deutschen Kreuzer „Leipzig“ zu torpedieren. Es ist dabei festzuhalten, daß diese ersten Torpedierungsversuche an dem gleichen Tage erfolglos, an dem in England das Gerücht auftauchte, daß auf die „Leipzig“ geschossen worden und daß die „Leipzig“ verlenkt worden sei.

Wenn offensichtlich haben also die bolschewistischen U-Boote der Valenciaregierung sehr prompt gemeldet, daß sie ihre Torpedos auf die „Leipzig“ abgefeuert hätten, und diese Meldung ist dann von den roten Machthabern weiterverbreitet worden. Da es erfahrungsgemäß für ein U-Boot nicht ganz leicht ist, festzustellen, ob der Schuß traf, so dürften die bolschewistischen U-Bootkommandanten sich die erfreulicherweise fehlerhaften Torpedos in den Meldungen an die Valenciamachthaber als Treffer angerechnet haben.

Es ist selbstverständlich ganz unendlich, daß Deutschland eine solche freche Herausforderung der spanischen

Bolschewiken ruhig hinnimmt. Wie aus der amtlichen Meldung hervorgeht, hat der Deutsche Vollstatter v. Ribbentrop die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, die an den Verhandlungen über die Neugestaltung der Seefrontrolle beteiligt waren, sehr nachdrücklich auf die Angriffe auf die „Leipzig“ hingewiesen. Damit ist jener Fall sehr schnell eingetreten, der in den Verhandlungen der vier Mächte bereits vorgelesen wurde, von dem man damals annehmen mußte, daß er nur rein theoretischen Erwägungen entspreche. Wir erinnern daran, daß in den Vereinbarungen der vier Kontrollmächte ausdrücklich festgelegt worden ist, daß jeder Angriff auf ein Schiff einer Kontrollmacht als gemeinsame Sache der vier Kontrollmächte angesehen wird.

Es muß sich nun also zeigen, was die anderen Mächte nach diesen neuen Herausforderungen der spanischen Bolschewiken zu tun gedenken. Es ist ihnen hier nunmehr Gelegenheit gegeben, den Beweis zu erbringen, daß sie tatsächlich guten Willens und bereit sind, die Angriffe der spanischen Bolschewiken mit aller Energie zurückzuweisen und den roten Piraten zu zeigen, daß die europäischen Großmächte entschlossen sind, gemeinsam für den Frieden zu arbeiten und gemeinsam jeden Angriff auf diesen Frieden abzuwehren. Das Wort haben jetzt zunächst also einmal die anderen Kontrollmächte. Ihre Antwort muß zunächst abgewartet werden. Sie werden mit dieser Antwort aber nicht lange zögern können, wenn sie wirklich ernsthaft entschlossen sind, die Sabotage der europäischen Verständigung abzuwehren und gemeinsam für den europäischen Frieden mit Deutschland zu arbeiten. Der ganze Vorfall wiegt um so schwerer, als es sich nicht etwa um einen einmaligen Angriff auf die „Leipzig“ handelt, sondern um mehrere Angriffe, die klar erkennen lassen, daß die spanischen bolschewistischen Machthaber fast unwillkürlich deutsche Schiffe durch Unterseeboote angreifen und beschleichen lassen.

## Paris - Berlin - Prag

Es ist noch immer der Schatten von Versailles, der sich einer gedeihlichen Entwicklung der Beziehungen der europäischen Staaten untereinander hemmend in den Weg stellt. Länger als anderthalb Jahrzehnte war das Streben des Quai d'Orsay von der Absicht beherzigt, die Errungenschaften der Friedensdiplomatie und damit die französische Vorkherrschaft in Europa aufrecht zu erhalten. Der getreue Sekundant Frankreichs bei diesem Streben war stets die Tschchoslowakei. Prag und Paris banden sich aneinander durch ein enges Bündnis; Prag war der ständige Verstärker der französischen Belange im Südosten Europas und ist dies noch heute. Die Tschchoslowakei pflegte die Beziehungen zu Moskau mit weit härterer innerer Zuneigung, als dies in Paris geschah, denn zu der vermeintlichen politischen Zweckmäßigkeit gefellte sich hier ein slawisches Verwandtschaftsgefühl zu Russland. Polen hat einmal in seiner schwersten Stunde zu Spürchen bekommen, wie stark diese slawische Ideologie praktisch auswirken kann. Als feierlich die rote Armee vor den Toren Warschaus stand und Ungarn bereit war, dem polnischen Volke zu Hilfe zu kommen, verblüdete die Tschchoslowakei die aktive Waffenhilfe, indem sie gegen Budapest eine drohende Ostung einnahm. Tschchoslowakische Arbeiter sperrten die Bahnen für Waffentransporte, die Polen dringend benötigte und die bereits über die Tschchoslowakei im Anrollen waren. Bis in die jüngste Zeit hinein gab Prag den Gedanken an eine unmittelbare Landverbindung mit Sowjetrußland durch die Schaffung eines Korridors nicht auf. Erst durch die jetzigen Vorgänge in der roten Armee werden in Prag Zweifel daran hervorgerufen, ob es nicht doch ein Fehler war, sich allzusehr auf die sowjetrussische Stärke zu stützen. Der Frachtschein stellt sich nunmehr vor der Erkenntnis, daß die Umwälzung der europäischen Machtverhältnisse auch die Tschchoslowakei dazu zwingt, andere Bahnen einzuschlagen, sich dem Zuge der Entwicklung anzupassen. Man befürchtet, ins Hintertreffen zu geraten. Daher entwickelt Prag außenpolitisch eine rege Geschäftstätigkeit. Diese ist zur Zeit noch auf Abwehr eingestellt und läßt keine neuen Linien erkennen. Will man jedoch in Prag eine größere Bewegungsfreiheit, so wird nichts anderes übrig bleiben, als zu versuchen, teilzuhaben an den sich abzeichnenden Entwicklungen. Diese sind für die Tschchoslowakei an sich in keiner Weise bedrohlich. Ihr Ziel ist ja nicht, neue Spannungen in Europa zu schaffen, sondern im Gegenteil die bisherigen Meinungen zu vermindern und zu einer echten Befriedung zu gelangen. Wohl ist die Periode der französischen Vorherrschaft abgeschlossen, doch wird nicht der Versuch gemacht, etwa den Spieß umzukehren und eine deutsche oder eine deutsch-italienische Vorherrschaft an die Stelle der französischen zu setzen. Das Prinzip des Miteinanders erhebt sich gegen das System des Gegeneinander; der Grundlagfriedlicher Zusammenarbeit will fruchtbringend hinausgelangen über die erstarbte Methode der Blockbildungen, die die kleineren Völker nur als Objekte der Großmachtpolitik sieht und die überall die freien Entfaltungen geblüht hat.

Viel fehlt noch, bis eine solche freiere, großzügigere Auffassung in Europa vollends zum Durchbruch gelangt. Sie wird nur dann Tatsache werden, wenn sich einmal eine Hoffnung erfüllt, zu deren Verwirklichung Deutschland wieder und wieder die Hand geboten hat. Das aber ist die deutsch-französische Verständigung. Eine solche könnte jeden Argwohn hinsichtlich machen, den man zur Zeit noch hier und dort der deutschen Politik glaubt entgegenbringen zu müssen. Ein Befriedungswerk, das das Ergebnis einer gemeinsamen Politik Deutschlands und Frankreichs wäre, würde jeden Grund zur Nervosität in Europa beseitigen. Unmittelbar bestehen zwischen Deutschland und Frankreich keine Gegensätze, die sich nicht bei einigem gutem Willen überbrücken ließen, zumal Deutschland wiederholt feierlich versichert hat, daß es keine Forderungen an Frankreich stellt,

## Pariser Gerüchte über bevorstehenden Rücktritt Blums

Die Krise der Volksfront-Regierung - Drohungen der Linken gegen den Senat

Berlin, 19. Juni.

In Paris sind Gerüchte über eine Regierungskrise im Umlauf, zumal die Linkspresse mit der Drohung arbeitet, daß Blum entschlossen sei, zurückzutreten, wenn der Senat die Regierungsvorlagen nicht bis Montag früh annimmt. Es werden als Nachfolger Blums auch bereits der Radikalsocialist Cail্লাung und der jetzige Kriegsminister Daladier genannt.

Diese Gerüchte charakterisieren die Nervosität in Paris. Trotzdem wird man sie mit Vorsicht aufnehmen müssen, denn es ist immer noch möglich, daß eine der Parteien nachgibt, um die Regierungskrisis, vor deren Folgen man sich fürchtet, zu verhindern.

Der Spalt zwischen dem Finanzauschuß des Senats und der Regierung wird in politischen Kreisen allgemein als ernst angesehen. Der vom Ausschuss angenommene Gesetzentwurf gestattet der Regierung praktisch nur eine einmalige Maßnahme: die Stabilisierung des Frankens auf der im Dreierabkommen vorgezeichneten Mittelgrenze. In den Wandelgängen des Senats wies der frühere Finanzminister

Cail্লাung darauf hin, daß eine neue Abwertung des Frankens kaum drei Milliarden Mehreinnahmen erbringen werde. Aus dem Dreierabkommen der Finanzschiedsverbindungen mit und Dandouin soll übrigens hervorgehen, daß die Regierung bereits sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel erschöpft habe.

Zwischen Kammer und Senat sowie zwischen Regierung und Senat dürfte es zu einer heftigen Auseinandersetzung kommen. Falls es nicht, ähnlich wie in der Kammer, noch in letzter Stunde zu einer Einigung kommen sollte, ist mit einer glatten Ablehnung des Gesetzentwurfes im Senat zu rechnen. Da die Regierung zunächst jedoch die Vertrauensfrage nicht zu stellen beabsichtigt, würde diese Ablehnung noch nicht den Sturz des Kabinetts nach sich ziehen. Die Vorlage geht vielmehr erneut an die Kammer, deren Finanzkommission bereits für Sonnabendabend einberufen ist. Es ist anzunehmen, daß der ursprüngliche Gesetzentwurf in der Kammer erneut zur Annahme gelangt, wenn auch die Regierungsmehrheit diesmal um einige Stimmen der Radikalsocialisten - man rechnet mit etwa 20 - schwächer sein dürfte als am Mittwoch.

Heute Beilage:

# Unsere Wehrmacht